

EVAL-INFO-SYSTEM(EIS): UMW49-TB85

Das Jahr des Rückschritts

ESSAY Überschwemmungen in Südeuropa, Brände in Kanada, Dürre im Amazonas: Kein Monat verging, ohne dass die Erdbevölkerung mit Wetterextremen konfrontiert wurde. Und doch hat die Klimakrise 2023 in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an Aufmerksamkeit verloren. Warum nur? Von Jonas Schaible

Das Video ist echt, aber es wirkt fast wie eine Filmszene, wie komponiert, ein bisschen surreal. Wir sehen im Vordergrund Wasser, leicht gekräuselt. Wir errahnen im Hintergrund Berge und Nadelbäume, aber nur silhouettenhaft. Denn da ist gelblich grauer Rauch, der aufsteigt. Es brennt.

Von rechts fliegt ein Löschflugzeug ins Bild, lässt Flüssigkeit ab, ein orangebraunes Wölkchen, so wenig, dass man sich fragt, ob sie je den Grund erreichen wird. Von links fliegt im Vordergrund, wie in einer Parallelbewegung, ein Gleitschirm ins Bild. Er gehört einem der vielen Kitesurfer, die auf dem Wasser unterwegs sind.

Das Video entstand am 2. Juli dieses Jahres in der Columbia River Gorge, einer Schlucht im Nordwesten der USA.

Im Hintergrund die Katastrophe, so aufdringlich, dass alle Sinne Alarm schlagen, unübersehbar bedrohlich. Im Vordergrund das Leben, das Vergnügen, der Spaß. Als wäre nichts. Symbolischer kann man dieses Jahr kaum abbilden.

Dieses Jahr, in dem die Freiheitsstatue in New York auf einmal umgeben war von einer Farbe, für die es keinen richtigen Namen gibt, für die man aber dringend einen Namen brauchte. Man könnte sie Apokalypse-orangegrau nennen.

Rauch der kanadischen Waldbrände war bis in den Osten der USA gezogen. Chicago hatte auf einmal die schlechteste Luftqualität aller Städte weltweit. Schlechter als Delhi oder Lahore. An New Yorks Bahnhöfen wurden FFP2-Masken verteilt.

Dieses Jahr, von dem schon im September absehbar war, dass es das heißeste werden wird, für das die Wissenschaft Daten hat. Wohl das heißeste seit mindestens 125.000 Jahren. Was schon bald der Hälfte jener Zeit entspricht, seit der es den modernen Menschen überhaupt gibt.

Dieses Jahr, das mit einer Weltklimakonferenz in Dubai zu Ende geht, die von einem Mann des Erdöls geleitet wird, von Sultan Al-Jaber, Industrieminister des Petrostaats Vereinigte Arabische Emirate und zugleich Chef des staatlichen Ölkonzerns,

Dieses Jahr, in dem in der westlichen Welt ein halbes Jahrzehnt kollektiver Sensibilisierung für die Dramatik der Klimakrise erkennbar ins Stocken geraten ist.

Was ist da passiert, 2023? Was bedeutet es, wie kann man es erklären, welche Einsichten mitnehmen?

+ + +

Am 6. Februar gibt die australische Wetteragentur einem Tiefdruckgebiet den Namen »Freddy«. Noch an dem Tag ist daraus ein Zyklon geworden, ein tropischer Wirbelsturm. Gut zwei Wochen später hat er den Indischen Ozean überquert, am 24. Februar trifft er in Mosambik auf das afrikanische Festland, dreht ab, wird wieder stärker und kommt zurück wie ein Albatros, wie ein Monster. Am 11. März verheert er Mosambik zum zweiten Mal, einen Tag später trifft er Malawi. Erst nach mehr als einem Monat löst er sich auf, nie hat sich ein tropischer Wirbelsturm länger gehalten. Mehr als 1000 Menschen sind tot.

+ + +

Selbst wenn man aktiv verfolgt, wo überall auf dem Planeten durch extremes Wetter Katastrophen ausgelöst wurden: Es waren dieses Jahr einfach zu viele. Zu viele Hitzerekorde, zu viele Regenrekorde. Zu viele, um einen Überblick zu behalten. Zu viele, um sie zu verarbeiten. 44,5 Grad Celsius in Portugal, 45 Grad in Spanien, 48,2 Grad in Italien.

Hitzewellen mit weniger als 40 Grad Celsius klingen schon gar nicht mehr richtig nach Hitzewellen.

Was sich noch über die Wahrnehmungsschwelle schob, waren jene Extreme, die so extrem waren, dass sie in Diagrammen aussahen wie Messfehler.

Die gigantischen Waldbrände in Kanada gehörten dazu, zweieinhalb mal größer als im bisherigen Rekordjahr. Das antarktische Meereis gehört dazu, das sich vor allem in der Jahresmitte, den Wintermonaten auf der Süd-

- 1 | Rauch von Waldbränden in Kanada
- 2 | Erdbeben in Malawi
- 3 | Sommerliche Hagelkörner in Italien
- 4 | Flutschaden in Griechenland
- 5 | Dürre am Amazonas
- 6 | Hurrikanverwüstungen in Mexiko

halbkugel, historisch träge wieder aufbaute. Die globale Meeresoberflächentemperatur gehört dazu, die seit April weit, weit über allen bisherigen Höchstwerten liegt. Die Rekordtemperaturen gehören dazu, in diesem El-Niño-Jahr: Juli 1,5 Grad über dem vorindustriellen Mittel. August 1,68 Grad. September 1,75 Grad.

Und schließlich jene Phänomene, die so bizarr oder schmerzlich sind, dass sie sich ins Bewusstsein einbrennen. Die berühmten Saguaro-Kakteen etwa, Symbole der nordamerikanischen Wüste, die in Arizona in der Sommerhitze wackeln, abstarben, umkippten. Die mehr als 150 Amazonas-Flussdelfine, die im flachen, brühwarmen Wasser starben.

Andere Meldungen werden da zur Routine degradiert, wie die 31 Tage am Stück, die es in der Wüstenstadt Phoenix, Arizona, mehr als 110 Grad Fahrenheit hatte, also 43,3 Grad. Oder die Berichte über das Feuer auf Maui, Hawaii, verstärkt von einem Hurrikan Hunderte Kilometer entfernt. Das Städtchen Lahaina wurde fast völlig vernichtet.

Dass sich diese Krisen nicht weiter ignorierten lassen, auch diese Erkenntnis brachte das Jahr 2023.

In Großbritannien müssen Verbraucher mit deutlich steigenden Wasserpreisen rechnen. Anbieter planen einem Bericht zufolge mit 20, 30, teils 40 Prozent höheren Tarifen bis Ende des Jahrzehnts. Nicht der einzige Grund in diesem durchprivatisierten System der Wasserversorgung, aber einer davon: Klimaanpassung.

Im Panamakanal, einem der zentralen Nadelöhre des globalen Handels, steht zu wenig Wasser für die Schleusen zur Verfügung, das ganze Jahr hindurch können weniger Schiffe den Kanal passieren als üblich. Die Preise für eine Durchfahrt steigen deutlich. Eine Analyse kommt zum Ergebnis, dass Texas durch den Hitzesommer 24 Milliarden Dollar verloren hat.

In Neuseeland prognostizierte der Sprecher eines großen Versicherers, ein Vorort der Stadt Lower Hutt werde in einigen Jahrzehnten unter Wasser stehen. Zwei bedeutende US-amerikanische Versicherer kündigten an,



Chris Helgren / REUTERS

1



Thoko Chikondi / AP

2



Bernd März / IMAGO

3



Edmar Barros / dpa

4



Theanassis Kalliaras / ANE Edition / IMAGO

5



Rodrigo Oropeza / AFP

6

sich in Kalifornien aus der Neuversicherung von Häusern zurückzuziehen, beide begründeten das unter anderem mit gestiegenen Waldbrandrisiken. Auch aus Florida mit seinen vielen Stürmen ziehen sich Unternehmen zurück. Aus beiden Staaten gibt es Berichte über derart gestiegene Preise für Policen, dass sich Menschen nicht mehr leisten können zu bauen – oder aufzubauen, was zerstört wurde.

Wirklichkeitsverweigerung pumpt Blasen auf, Immobilienblasen, Kreditblasen. Der Glaube an die alte Normalität ist eine Blase, die irgendwann platzen wird.

+++

Am 6. August fällt im italienischen Tricesimo so viel Hagel, dass eine 30 Zentimeter dicke Eisschicht durch die Straßen treibt. Zwei Tage vorher musste im baden-württembergischen Reutlingen der Winterdienst ausrücken.

+++

Und die Reaktion auf all das?

Die Reaktion war, auffallend oft, Rückschritt. Weniger Ambition. Aggressiver Revisionismus. Ein zunehmend freimütiges Bekenntnis zu fossilen Energien.

Da ist zum Beispiel die vermeintlich klimaprogressive Bundesregierung: Das Ampelkabinett in Berlin einigte sich, das Klimaschutzgesetz zu reformieren und dabei einzelne Ministerien aus der direkten Verantwortung zu nehmen. Also die bisher unmittelbare Verpflichtung für einzelne Politikerinnen oder Politiker aufzuweichen.

Da ist der Aufsehrei der Meinungsmacher: Wegen des Heizungsgesetzes wurde Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) mit einer Kampagne überzogen. Sie reichte vom eigenen Koalitionspartner, der FDP, über die oppositionelle Union bis in den Boulevard.

Da ist die Angst der Klimaschützer: Denn infolge dieser Kampagne setzte sich selbst unter Grünen in der Regierung und in Habecks Ministerium die Überzeugung fest, man müsse es jetzt mal etwas langsamer angehen lassen.

Da ist der Verdross der Massen: In Berlin scheiterte im März der Klimavolksentscheid, mit dem die Stadt verpflichtet worden wäre, bis 2030 klimaneutral zu werden. Das Referendum verfehlte das Zustimmungsquorum, obwohl eine hauchdünne Mehrheit von 50,9 Prozent der Teilnehmenden mit Ja gestimmt hatte – aber es waren insgesamt zu wenige. Dabei hatte es eine Kampagne dafür gegeben und keine organisierte Kampagne dagegen.

Da ist die Sabotage der radikalen Rechten: In den USA legte ein konservativer Thinktank ein Strategiepapier von mehr als 900 Seiten vor, geschrieben unter Mitwirkung von mehr als 350 Menschen. Es ist unter anderem eine Anleitung, die US-Klimapolitik komplett kaputt zu machen, sollte im nächsten Jahr ein Republikaner die Präsidentschaftswahl gewinnen.

Da ist die immer lustvollere Politisierung von Klimaschutz: Der schwedische Rat für



Protest der Letzten Generation am Berliner Kanzleramt: Immer häufiger Gefängnisstrafen

Klimapolitik warnte in seinem jährlichen Bericht, die geplanten Maßnahmen der Regierung würden nicht zu einer Senkung der Emissionen führen, sondern zu einer Zunahme – in Schweden regieren die Konservativen, unterstützt von der radikalen Rechten. Und Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak von den Tories erklärte die Rücknahme einer Reihe von Klimamaßnahmen, darunter reale – wie ein Verbot für Verbrennerfahrzeuge – und komplett erfundene wie eine Fleischsteuer. Der Konservative nutzte die Öffentlichkeit, die die Rede in Anwesenheit des Königs zur Eröffnung des neuen Parlamentsjahres bot, um eine Ausweitung von Öl- und Gasprojekten zu verkünden.

Da sind die Energiekonzerne: Shell teilte mit, seine Ölproduktion nicht um ein bis zwei Prozent jährlich zu senken, sondern bis 2030 stabil halten zu wollen – man habe das ursprüngliche Ziel im Grunde schon erreicht und sich nie zu einer dauerhaften Senkung verpflichtet. BP korrigierte sein Emissionsreduktionsziel für 2030 nach unten. Initiativen der Organisation »Follow This«, auf Aktionärsversammlungen Anträge auf ambitioniertere Klimaschutzziele zu verabschieden, scheiterten bei mehreren Ölkonzernen.

Ein Uno-Bericht, für den Analysten Informationen über geplante fossile Projekte zusammengetragen haben, kommt zu dem Ergebnis, dass allein die neuen Projekte das CO₂-Budget überziehen würden, das für eine realistische Chance auf nur zwei Grad Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts noch besteht.

Man könnte die Botschaft, die so viele politische Führungen und Konzerne dieses Jahr aussenden, so beschreiben: Wir haben es

nicht versucht und dabei festgestellt, dass es nicht geht.

+++

Am 4. September setzt der Regen ein. Sturmtief »Daniel« hat ihn über den Balkan gebracht. In Griechenland fallen teilweise 800 Liter Regen pro Quadratmeter in wenigen Tagen, große Teile des Landes stehen unter Wasser. Danach zieht der Sturm nach Süden, übers ungewöhnlich heiße Mittelmeer. Am 10. September trifft er Libyen. In der Hafenstadt Derna brechen zwei Dämme, die Stadt wird überflutet, Menschen werden ins Meer gerissen. Mehr als 11.000 sterben.

+++

Was in diesem Jahr außerdem unübersehbar war: Die Härte, mit der Staaten der Klimabewegung begegnen, ist spürbar gewachsen.

In Deutschland ermitteln zwei Staatsanwaltschaften gegen die Letzte Generation wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. In München hat sogar die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, die bei der Generalstaatsanwaltschaft angesiedelt ist, übernommen. Gleich zweimal gibt es größere Razzien.

Dabei wurde auch das Pressehandy der Gruppe überwacht, Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten wurden mitgehört, ohne erkennbare Abwägung der besonderen Schutzwürdigkeit solcher Kommunikation. Die Razzien trafen ebenso Klimabewegte, die zwar mit Fridays for Future, aber nicht erkennbar mit der Letzten Generation zu tun hatten.

Während zu Jahresbeginn die Straßenblockaden von Aktivistinnen und Aktivisten

vorwiegend mit Geldstrafen geahndet wurden, sprachen Richter im Laufe des Jahres in erster Instanz immer häufiger Gefängnisstrafen aus – mehrfach ohne Bewährung.

In Großbritannien wurden zwei Männer für eine Protestaktion zu zwei Jahren und sieben Monaten und zu drei Jahren Haft verurteilt. Die beiden waren auf einen Brückenpfeiler geklettert, hatten dort 37 Stunden lang ausgeharrt und so den Verkehr über anderthalb Tage lahmgelegt. Das britische Parlament verabschiedete ein Gesetz, das explizit Klimaproteste in den Blick nimmt, etwa Strafen für das Festkleben oder Festschließen einführt. Volker Türk, Uno-Hochkommissar für Menschenrechte, sah sich zu einer öffentlichen Mitteilung veranlasst. Das Gesetz sei »unvereinbar« mit den internationalen Verpflichtungen Großbritanniens.

Der Uno-Sonderberichterstatter für Umweltschützer, Michael Forst, kritisierte im Magazin »Politico« den Umgang europäischer Länder mit Klimaprotesten: »Es gibt eine ganze Reihe von Menschenrechten, die von EU-Staaten derzeit nicht respektiert werden.«

Unterdessen haben die Klimabewegungen, die seit mehr als einem Jahr vielfach vor allem auf Straßenblockaden, Farbschmierereien und andere Formen des zivilen Ungehorsams setzen, Zustimmung in großen Teilen der Bevölkerung verloren. In Deutschland lehnten in etlichen Befragungen rund vier Fünftel der Bevölkerung die Aktionen der Letzten Generation ab.

+++

Am 27. September erklärt US-Präsident Joe Biden den Notstand im Bundesstaat Louisiana. An der Mündung des Mississippi drückt Meerwasser aus dem Golf von Mexiko ins Inland, weil der größte Strom der USA so wenig Wasser führt. In der Millionenstadt New Orleans fürchtet man, dass das Wasser versalzen könnte. Andere Gemeinden hat es bereits getroffen. Im Oktober kann der Hafen von Manaus von Schiffen nicht mehr angefahren werden. Die wichtigste brasilianische Stadt im Amazonasbecken leidet unter Dürre, der Wasserstand ist so niedrig wie nie seit Beginn der Aufzeichnungen vor mehr als 100 Jahren.

+++

Wie kann das alles sein, gleichzeitig Krisensymptome mannigfaltig zu erleben und die Ursachen nicht zu bekämpfen?

Es liegt, offensichtlich, nicht am Wetter. Ja, wer im August durch Deutschland fuhr, sah grüne Wiesen, grüne Bäume, saftige Landschaften. Die Dürre des Frühsommers war weggerennet, die Republik bekam eine Atempause geschenkt. Viele andere Länder aber erlebten schwindelerregende Sommer. Mal zu nass, mal zu trocken, viel zu oft extrem.

Woran liegt die Ignoranz aber dann?

Vielleicht daran, dass jene, die an fossilen Energien verdienen, entschieden haben, noch einmal alles zu tun, um größtmöglich zu profitieren. Wer weiß, wie lange noch.

Vielleicht bevorzugen es viele Menschen, dass ihnen etwas zustoßt, als dass ihnen

jemand etwas abverlangt. Sie stehen lieber wegen zu viel Verkehr im Stau als wegen eines Protests. Besser ein Umbruch der Grundlagen der Welt als ein Umbau der Gesellschaft.

Vielleicht weil man auf diese Weise Extremereignisse als Einbruch des Katastrophalen in die Normalität verbuchen kann, ohne den Glauben an die alte Normalität aufzugeben.

Vielleicht weil Menschen lieber verdrängen, als sich dem Schrecken auszusetzen.

Vielleicht weil Menschen, die sich Klimaschutz locker leisten können, trotzdem wollen, dass alles bleibt, wie es ist. Und vorgeben, sich mit den weniger Wohlhabenden solidarisch erklären zu wollen.

Vielleicht weil es für eine Partei oder einen Koalitionär kurzfristig attraktiv ist, Klimapolitik zu nutzen, um Erregung zu erzeugen und damit Feindbilder zu bespielen. Man kann die Grünen mit Wärmepumpenpanik treffen, der Kollateralschaden wird nur gigantisch sein.

Vielleicht weil alles gleichzeitig zutrifft. Klar scheint, dass sich etwas in der Art verschoben hat, wie über Klimaschutz nachgedacht wird. So wie sich zwischen 2015 und 2020 etwas zum Guten verschoben hatte.

Das Kyoto-Protokoll stammt aus dem Jahr 1997, Al Gore trat 2000 als US-Präsidenten-Kandidat an und erhielt 2007 gemeinsam mit dem Weltklimarat den Friedensnobelpreis. Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass seit mehr als einem Jahrzehnt rund 90 Prozent der Bevölkerung den Klimawandel für ein ernstes Problem halten.

Der Großteil der relevanten Akteure hat seit Jahrzehnten wissen können, was mit dem Planeten passiert. Das Wissen war da. Das Problembewusstsein war da. Es gab politische Debatten, sogar Abkommen.

Dass in den vergangenen Jahren Dynamik in den Klimaschutz gekommen ist, liegt also nicht daran, dass plötzlich ein Blitz der Erkenntnis in die Weltgesellschaft gefahren ist. Vielmehr wirkte der politische Druck. Das Pariser Abkommen von 2015 bot die Grundlage, Protestbewegungen ab 2018 machten daraus gesellschaftspolitische Forderungen, eine lauter gewordene Wissenschaft verstärkte sie. Und Medien interessierten sich auf einmal dafür.

Normen veränderten sich – oder jedenfalls entstand dieser Eindruck.

Das wichtigste Thema der Europawahl 2019 war in Deutschland der Klima- und Umweltschutz. 48 Prozent der Menschen gaben das in einer Umfrage an, nicht mehr 20 Prozent wie fünf Jahre zuvor. Die schwarz-rote

Hitzewellen mit weniger als 40 Grad Celsius klingen schon gar nicht mehr richtig nach Hitzewellen.

Bundesregierung verabschiedete 2019 ein Klimapakete. Die EU-Kommission, unter Führung einer Christdemokratin, nahm sich den European Green Deal vor.

Der Eindruck entstand: Man konnte nicht mehr gegen Klimaschutz sein, ohne an Ansehen, Macht und Geld einzubüßen.

Das ist 2023 vorbei. Politiker, Parteien, Regierungen, Konzerne haben getestet, ob der Eindruck richtig ist, und sie haben festgestellt: Er ist gar nicht richtig.

+++

Am 24. Oktober sieht alles noch recht harmlos aus. Sturm »Otis«, der sich über dem Pazifik entwickelt, ist heftig, aber kein Grund zu großer Sorge. In nur zwölf Stunden wird aus »Otis« ein Hurrikan der höchsten Stufe, kaum einmal zuvor hat ein Sturm so schnell an Kraft zugenommen. Mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 270 Kilometer pro Stunde trifft er auf den mexikanischen Badeort Acapulco und hinterlässt zerstörte Hotelkomplexe.

+++

Damit wurde also in diesem Jahr eine der vielen Illusionen der Klimakrise abgeräumt: die Linearität des Klimaschutzes.

Schon die Klimakrise wird oft so missverstanden, als verlief sie Schritt für Schritt, planbar, gleichmäßig in eine Richtung, eben linear. Dabei bedeutet doppelte Erhitzung nicht nur etwa doppelt so viele Hitzewellen, sondern meist noch mehr, sowie intensive und länger anhaltende Hitzewellen mit großer zerstörerischer Kraft und weniger Zeit zur Regeneration. Ähnliches gilt für Dürren. Oder Starkregen. 2 statt 1,5 Grad Erwärmung bedeuten, dass fast keine Korallenriffe mehr überleben werden. Diese Krise setzt alle möglichen Systeme, natürliche wie menschengemachte, unter Spannung, bis sie irgendwann zerspringen.

Ähnlich falsch hat man sich auch Klimaschutz vorgestellt: Als könnte man nach und nach die Ambition steigern und Akzeptanz dafür gewinnen, sich nach und nach heranzurücken an eine klimaneutrale Welt, ohne mit Rückschritten kalkulieren zu müssen.

Es ist die große Schutzillusion, hinter der sich alle versteckt haben, die sich nicht zutrauten, jetzt das Notwendige zu tun. Sie schoben es lieber in die Zukunft.

Schon länger ist klar: Es wird nie wieder so leicht sein wie heute, das Klima zu schützen, allein weil die Folgen der Klimakrise selbst alles erschweren. Spätestens seit diesem Jahr ist offensichtlich: Es wird auch politisch wohl nie wieder so leicht sein wie heute, das Klima zu schützen.

Man darf sich nicht darauf verlassen, dass man noch Zeit hat. Akzeptanz für Klimaschutz muss nicht ständig wachsen, Akzeptanz kann auch schwinden. Was politisch erreicht wurde, muss nicht von Dauer sein. Es kann auch rückgängig gemacht werden. Die Lücke zwischen Politik und dem Notwendigen muss sich nicht kontinuierlich schließen. Sie kann auch größer werden.

So wie in diesem Jahr. ■